



## Presseinformation

Nr. 235/2008

Kiel, Mittwoch, 3. September 2008

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand, MdL**

### Heiner Garg: Unterzeichnung des Staatsvertrages zur festen Fehmarnbelt-Querung ist ein positives Signal für das ganze Land

#### - Finanzierung der Hinterlandanbindung zügig klären -

Zum heute unterzeichneten Staatsvertrag zur festen Fehmarnbelt-Querung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Mit der heutigen Unterzeichnung des Staatsvertrages zur festen Fehmarnbelt-Querung ist der entscheidende Schritt hin zur Realisierung dieses für Schleswig-Holstein so wichtigen Infrastrukturprojektes getan. Durch den Bau der festen Querung rücken Skandinavien und Westeuropa näher zusammen und damit wächst der wirtschaftliche und gesellschaftliche Austausch der Regionen. Dass Schleswig-Holstein dabei die geographische Schlüsselfunktion einnimmt ist umso bedeutender.

Dieses Infrastrukturprojekt zieht nicht nur in der Bauphase weitere Investitionen in die Region. Auch in der Zeit danach schafft dieses Projekt Wertschöpfung und Arbeitsplätze, z. B. in Restaurants, Tankstellen und anderen Dienstleistungen, insbesondere auf Fehmarn.

Ich begrüße die Bereitschaft Dänemarks, den Großteil der Kosten und der finanziellen Risiken zu übernehmen, die mit dem Bau der Fehmarnbelt-Brücke verbunden sind. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages ist jedoch nur der erste Schritt. Die Landesregierung muss nun schnell das Gespräch mit dem Bund suchen, um zu klären, auf welche Weise die von deutscher Seite zu investierenden mindestens 800 Millionen Euro für die Hinterlandanbindung erbracht werden können.

Ich erwarte, dass dem Landtag so schnell wie möglich ein überzeugender Projekt- und Finanzierungsplan vorgelegt wird, der weder die übrigen Regionen Deutschlands über Gebühr belastet, noch andere Verkehrsprojekte im vordringlichen Bedarf Schleswig-Holsteins in der Finanzierung gefährdet“, so Garg abschließend.